

Aus:

MICHAEL MÄRZ

Linker Protest nach dem Deutschen Herbst

Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten
des ›starken Staates‹, 1977-1979

März 2012, 420 Seiten, kart., 32,80 €, ISBN 978-3-8376-2014-6

Es war ein zaghafter Protest, mit dem Linke im Deutschen Herbst die Einengung politischer Spielräume durch den Staat kritisierten. Sie traten für den Schutz der Demokratie vor Terrorismus und »Gegen-Terror« ein. Doch wie verbreitet waren diese Standpunkte im linken Spektrum? Hier hatte es seit 1968 immer weniger gemeinsame Interessen und Ziele gegeben. Ein Blick auf die wichtigsten Protestveranstaltungen 1978/79 – TUNIX, 3. Russell-Tribunal und Bahro-Kongress – liefert Antworten und legt die Befindlichkeiten linker Akteure offen. Mithilfe von zahlreichen Quellen und Interviews zeichnet Michael März ein Bild jener Zeit, das von tiefer Enttäuschung über die sozialliberale Ära geprägt ist.

Michael März (Dr. phil.) promovierte am Max-Weber-Kolleg Erfurt.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/ts2014/ts2014.php

Inhalt

I. EINFÜHRUNG

1. PROLOG: BEERDIGUNG IN STUTTGART-DEGERLOCH | 9

2. BEZUGSRAHMEN: DIE SPÄTEN SIEBZIGER JAHRE

– VERUNSICHERUNG GEGENÜBER DEM STAAT | 13

3. FORSCHUNGSVORHABEN | 18

Erkenntnisinteresse und Untersuchungsschwerpunkt | 18

Eingrenzung und Kontextualisierung des Untersuchungsschwerpunkts | 19

Forschungsstand | 23

Aufbau der Untersuchung | 30

Methodenkritik | 40

Mikrogeschichte | 40

Dichte Beschreibung | 41

Erinnerungsbefragungen | 42

II. BEGRIFFSERLÄUTERUNGEN

1. DIE LINKEN – EIN SPEKTRUM | 45

2. ZUM UMGANG MIT DEM REPRESSIONSBEGRIFF | 54

Repression als eine grundlegende staatliche Funktion | 54

Linkes Verständnis von Repression in den Sechziger und Siebziger Jahren | 56

Zusammenfassung: Repression, Repressionsempfinden, Repressionskritik | 63

3. DIE DEFINITION „POLITISCHER“ GEFANGENER ALS PRINZIPIENFRAGE | 66

4. EXTREMISTENBESCHLUSS GLEICH BERUFSVERBOTE? | 70

III. JAHRZEHT DER ENTTÄUSCHUNG? LINKE UND *IHR*

„MODELL DEUTSCHLAND“ IM „SPD-STAAT“ DER SIEBZIGER JAHRE

1. LINKE UND STAAT IN DER FRÜHEN UND MITTLEREN SOZIALLIBERALEN ÄRA 1969-1976 | 73

Die Amtszeiten Willy Brandts | 73

Die erste Amtszeit Helmut Schmidts | 84

2. „MODELL DEUTSCHLAND“ – VOM SLOGAN ZUM UNWORT | 88

Die Wahlkampfplattform der SPD im Bundestagswahlkampf 1976 | 88

SPD-Regierungsprogramm 1976-1980 | 98

Das „Modell Deutschland“ aus linker Sicht | 102

Absage an den Modell-Anspruch | 103

Modellhafter Umgang mit sozialen und politischen Konflikten? | 107
Ausschau nach Bedrohungspotentialen | 110
Zerrbilder des Slogans | 115
Zusammenfassung: „Modell Deutschland“ als Symptom seiner Zeit | 118
Hintergrund: FDP und „Modell Deutschland“ | 120

3. MODELL-SITUATION DEUTSCHER HERBST? | 121

Die Entführungsfälle Schleyer und „Landshut“ | 121
Todesnacht in Stammheim | 127
Presseecho: Freiheit in Gefahr? | 130

IV. GEGEN REPRESSION IN GEFÄNGNISSEN.

DIE INITIATIVEN FÜR GEFANGENE AUS DER RAF UND ANDEREN BEWAFFNETEN GRUPPIERUNGEN

1. STAMMHEIM IN DEN KÖPFEN | 135

2. ENTWICKLUNG VON GEFANGENENINITIATIVEN BIS 1977 | 137

Frühe Gefangenenninitiativen und Rote Hilfe | 137
Hintergrund: Der Foltervorwurf der Roten Armee Fraktion | 142
„Komitees gegen Isolationshaft“ – Entstehung und Zerfall | 150
„Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa“ | 155

3. GEFANGENENINITIATIVEN NACH DEM DEUTSCHEN HERBST | 162

Vorbemerkungen | 162
Die Besetzung des Büros der Deutschen Presse Agentur in Frankfurt a.M. | 163
Kontext und Ablauf | 163
Hintergrund: Die „Antifas“ | 170
Nachspiel | 174
Die Besetzung der Zentrale des Belgischen Roten Kreuzes in Brüssel | 181
Kontext und Ablauf | 181
Die „Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolationshaft“ | 191
Zusammenfassung | 196

V. AUSREISE AUS DEM „MODELL DEUTSCHLAND“. DER TUNIX-KONGRESS

1. DIE LINKE HERBSTDEPRESSION 1977 UND IHR GEGENMITTEL | 203

2. VON DER IDEE ZUM AUFRUF | 210

Hintergrund: Mescaleros, Spontis und die Gewaltfrage | 213

3. ABLAUF | 219

4. TEILNEHMER | 222

Die Vielfalt undogmatischer Linker – tausendundein Projekt: »taz« | 223
Spontis – Ende ohne Schrecken | 227
Alternative – Aufbruch ins Paradies? | 230

5. ÖFFENTLICHE REAKTIONEN UND ERSTE DEUTUNGSVERSUCHE | 237**6. ZUSAMMENFASSUNG | 241****VI. EINE DEMOKRATIE AUF DEM PRÜFSTAND.****DAS 3. INTERNATIONALE RUSSELL-TRIBUNAL
ZUR SITUATION DER MENSCHENRECHTE IN DER BRD****1. DER PFINGSTKONGRESS 1976 ALS ANSTOSS FÜR EINE INTERNATIONALE
INITIATIVE GEGEN REPRESSION | 245**

Hintergrund: „Joschka“ Fischers Römerberg-Rede | 245

**2. AUFRUF AN DIE WELTÖFFENTLICHKEIT UND FORMIERUNG
DER UNTERSTÜTZERSZENE | 253****3. DAS WESTBERLINER SEKRETARIAT UND DIE VORBEREITUNGEN
AUF DAS TRIBUNAL | 258****4. REAKTIONEN AUS POLITIK UND ÖFFENTLICHKEIT
VOR DER ERSTEN SITZUNGSPERIODE | 266**

Hintergrund: Bertrand Russell | 268

5. DIE ERSTE SITZUNGSPERIODE IN FRANKFURT-HARHEIM | 274

Ablauf | 274

Ergebnisse und Außenwirkung | 282

Begleiterscheinungen: Die Gefangeninitiativen | 289

6. ZWISCHENFAZIT | 293**7. DIE ZWEITE SITZUNGSPERIODE IN KÖLN-MÜLHEIM | 294**

Vorbereitungen | 294

Ablauf und Ergebnisse | 298

Begleiterscheinungen: Sozialdemokratische Gegeninitiativen | 304

8. ZUSAMMENFASSUNG | 310**VII. REPRESSIONSKRITIK IN GESAMTDEUTSCHER PERSPEKTIVE.
DER INTERNATIONALE KONGRESS FÜR UND ÜBER RUDOLF BAHRO****1. HINTERGRÜNDE | 319**

Rudolf Bahros Verhaftung | 320

Das Engagement bundesdeutscher Linker gegen Repression in der DDR anhand früherer Beispiele | 322

Der Fall Brandt | 322

Der Fall Biermann | 325

Das „Schutzbündnis Freiheit und Sozialismus“ | 330

Die »Alternative« | 333

2. BETEILIGTE ORGANISATIONEN UND GRUPPIERUNGEN | 339

3. INHALTE UND ABLAUF | 345

4. ERGEBNISSE UND AUSSENWIRKUNG | 350

5. DIE BAHRO-SOLIDARITÄTSKAMPAGNE 1979 | 358

6. BAHROS FREILASSUNG | 369

7. AUSBLICK: AUFRUF FÜR EIN ATOMWAFFENFREIES EUROPA UND RUSSELL-APPELL | 375

8. ZUSAMMENFASSUNG | 377

VIII. SCHLUSSBETRACHTUNG

1. UNTERSUCHUNGSVERLAUF | 381

2. ERGEBNISSE | 382

Linker Protest und linkes Spektrum 1978/79 | 382

Linker Protest und Staat 1978/79 | 387

3. FAZIT | 390

4. WEITERFÜHRENDE ÜBERLEGUNGEN | 391

IX. ANHANG

1. KURZPORTRÄTS EINIGER PARTEIEN UND ORGANISATIONEN DES LINKEN SPEKTRUMS | 395

2. QUELLEN | 397

3. SEKUNDÄRLITERATUR | 404

4. ABKÜRZUNGS- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS | 414

I. Einführung

1. PROLOG: BEERDIGUNG IN STUTTGART-DEGERLOCH

Am 27. Oktober 1977 ging der Deutsche Herbst zu Ende. 53 Tage nach der Entführung Hanns Martin Schleyers und nicht einmal 48 Stunden nach dessen Beisetzung wurde in Stuttgart-Degerloch der Schlussakt vollzogen. In der Feierhalle des Dornhaldenfriedhofs begann um 10.30 Uhr der evangelische Gottesdienst für Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel hatte den toten Führungsmitgliedern der Roten Armee Fraktion (RAF) nach einer einsamen Blitzentscheidung ein Gemeinschaftsgrab zugebilligt: Ensslin auf der einen, die beiden Männer auf der anderen Seite. Der Dornhaldenfriedhof, erst drei Jahre zuvor an Stelle einer alten Schießanlage eingerichtet, schien am ehesten dafür geeignet. Für den Fall, dass hier tatsächlich eine „Kult- und Pilgerstätte des Terrorismus“¹ entstehen sollte, lag er weit genug am Stadtrand. Benachbarte Wohn- oder Geschäftshäuser gibt es bis heute nicht. Dennoch regte sich herbe Kritik gegen Rommels Entscheidung. Dass der Abstand zum Degerlocher Waldfriedhof, auf dem bekannte Persönlichkeiten wie Gottlob Bauknecht, Robert Bosch, Fritz Leonhardt sowie Bundespräsident Theodor Heuss ihre letzte Ruhe fanden, zu gering sei,² war dabei nur ein Aspekt unter vielen. Rommel verteidigte seinen Beschluss: Zum einen hatte er dem Wunsch der Angehörigen entsprochen. Zum anderen wäre ein monatelanger Streit über die Grabstätte zur internationalen Peinlichkeit verkommen. Wer die Toten noch länger herumreichen wolle, möge bitte auch bedenken, was dann das Ausland über die Humanität in der Bundesrepublik denken würde, mahnte er.³ In diese Richtung zielte auch seine Warnung, „wenn wir Intoleranz mit Intoleranz beantworten, dann gefährden wir auf die Dauer die ethische Substanz unseres Staatswesens.“⁴ Mit dem Satz: „Alle Feindschaft sollte nach dem Tode ruhen“, wurde Rommel weithin als integrer Liberaler bekannt.

Die evangelische Kirche in Baden-Württemberg versuchte ihrerseits, eine öffentliche Herabwürdigung der Toten zu verhindern. Vom Oberkirchenrat wurden Alfred Herb und Horst Oberkampf, zwei Studienleiter der theologischen Akademie

1 o. A.: Rommels Mangel an Instinkt. In: Bayernkurier (29.10.1977).

2 Vgl. KUMMER, Jochen: „Mit dem Tod muß jede Feindschaft enden“. In: Bild (25.10.1977).

3 Vgl. OSTER, Uwe A.: „Die Feindschaft endet mit dem Tod“. Historisches Bild des Monats. Arte.tv (28.08.2007). Siehe: <http://www.arte.tv/de/NAV-A-l-antenne/1698636.html> (Stand: 06.11.2011))

4 SCHREIBER, Hermann: „Ich bin auch schon ein Sympathisant“. In: Der Spiegel (17.10.1977).

5 Vgl. AUST, Stefan: Der Baader-Meinhof-Komplex. München 1989, S. 581.

in Bad Boll, nach Stuttgart entsandt, um den zuständigen Gemeindepfarrer Rolf Streibel auf der Beerdigung zu unterstützen. Die Zeremonie sollte seriös und gesittet ablaufen, nicht selbst zum Politikum werden. „Keiner wusste, ob es Übergriffe von RAF-Sympathisanten geben würde“, erinnert sich Pfarrer Herb. Er und Oberkampf stellten sich darauf ein, im Ernstfall wie zwei Leibwächter des Gemeindepfarrers agieren zu müssen. Schon bei der Anreise zum Dornhaldenfriedhof hatten sie die „teilweise aggressive Stimmung“⁶ registriert, die sich zwischen den Trauergästen und den Polizeieinsatzkräften auflud. Etwa eintausend Studenten und Jugendliche traten wie ein stummer Demonstrationszug auf, der von ebenso vielen Uniformierten überwacht wurde.

Am eigentlichen Schauplatz, dem Grabfeld Nummer 99 im südlichen Randbereich des Gottesackers, versammelten sich vor allem Kamerateams und Fotografen. Sie belagerten die beiden offenen Grabstellen bereits, als der Gottesdienst in der Feierhalle noch nicht einmal begonnen hatte. Einige Trauergäste mit vermummten Gesichtern trafen ein und wollten sich vor sie stellen. Sie hatten ein Spruchband dabei. Doch die Medienvertreter behaupteten energisch ihre Plätze. Also gaben die jungen Leute nach und zogen sich auf eine nahe gelegene Anhöhe zurück: „Wer die BRD angreift, begeht Selbstmord“ hatten sie auf das Tuch geschrieben. Weitere solcher Spruchbänder kamen hinzu. Flugblätter machten die Runde, Erklärungen wurden abgegeben.⁷

Als sich der eigentliche Trauerzug näherte, nahm das Gedränge der Journalisten und Kameraleute zu. Jeder wollte einen freien Blick auf die Angehörigen, jeder wollte ein Bild von den Särgen, die die Bestattungshelfer auf den Grabstellen absetzten. Es ging das Gerücht um, Mitarbeiter einer Illustrierten hätten Baaders Mutter einen stattlichen Geldbetrag geboten, wenn sie ihren Sohn im Sarg fotografieren durften.⁸ Doch alle drei Särge, hell und schmucklos, blieben geschlossen. Und dennoch drängten sich die Medienvertreter ganz nahe an sie heran, traten auf die niedergelegten Kränze, schoben sich dicht hinter die Angehörigen. Dort waren sie in der richtigen Position, um deren Gemütsregungen während der Traueransprache zu beobachten und die Worte zu verstehen, mit denen sie sich von den Toten verabschiedeten.

Das Verhalten jener „Paparazzi“, meint Alfred Herb, „war schon sehr unwürdig. Das hat mich am meisten gestört.“⁹ Sein Kollege, Pfarrer Rolf Streibel, ließ sich nicht beirren. In der Traueransprache ging er feinsinnig auf die besonderen Umstände der Beerdigung ein und betonte: „Christus hat die Kräfte der Angst, der Resignation, auch die des Hasses und der Gewalt überwunden, indem er seinen Wider-

6 SCHÄFER, Jürgen: ‚Wir waren eine Art Leibwächter‘. Begräbnis der Terroristen Baader, Ensslin und Raspe im Oktober 1977. In: Südwestpresse (26.10.2007). Siehe: http://www.suedwest-aktiv.de/region/nwz/aus_den_kreisgemeinden/3184435/artikel.php (Stand: 06.11.2011).

7 Vgl. DANS, Max/BECK, Lothar: Beerdigung. Ein Bildband. Hannover [1978], S. 30-32. Einige der Vermummten waren aus dem europäischen Ausland angereist – unter ihnen, laut Zeitungsbericht, auch ein „griechischer Einzelkämpfer“, der sich „vor den Opfern des neuen deutschen Faschismus“ verneigt habe und „zweiseitige Erklärungen in Englisch, Französisch, Italienisch und Deutsch für eifrig mitschreibende Zeitungsleute“ verlas. Siehe: LANGKAMMER, Claus: Auf dem Dornhaldenfriedhof. In: Stuttgarter Zeitung (28.10.1977).

8 Vgl. DANS, Max/BECK, Lothar: Beerdigung, S. 43.

9 SCHÄFER, Jürgen: ‚Wir waren eine Art Leibwächter‘.

sachern vergeben und ihnen dadurch eine Bresche in der Mauer des Hasses und der Vergeltung geöffnet hat.“ Und weiter: „Gott hat das letzte Wort und nicht wir.“¹⁰

Im Anschluss hielt er ein kurzes Gebet, das von den Anweisungen der Kameraleute und ihrer Assistenten übertönt wurde.¹¹

Gegen Ende der Zeremonie ergriffen zunehmend die verummteten Trauergäste das Wort, hielten eigene Nachrufe auf die Toten. Vergleichbares hatte sich schon bei früheren Beerdigungen von RAF-Mitgliedern abgespielt, so im Falle von Holger Meins in Hamburg-Stellingen und Ulrike Meinhof in Berlin-Mariendorf.¹² Hier war nun vom „Mord in Stammheim“ die Rede, von „unverschämten Lügen“ des Staates und davon, dass „mit diesen Holzkisten nicht der Widerstand beerdigt“¹³ werde. Solche Äußerungen blieben nicht unkommentiert: Es gab auch Anwesende, die der Trauergemeinde feindselig gegenüber standen und Sprüche wie: „Das haben sie nicht anders verdient!“ oder „Das ist Eure Brut!“ an die Angehörigen der Toten richteten.

Die Polizei hielt sich bei solchen Störungen zurück, wahrte Distanz zur Grabstelle. Für den Rückweg der Trauergäste waren jedoch umfangreiche Kontrollen vorgesehen, denen sich niemand entziehen konnte. Das gesamte Gelände um den Friedhof war abriegelt, ein „Kordon“¹⁴, wie es damals hieß. An den Ausgängen warteten Kamerateams der Polizei, die die Menge filmten und fotografierten. Beamte schrieben die Kennzeichen aller im Umkreis abgestellten oder vorbei fahrenden Autos auf. Zur regelrechten Konfrontation mit den Trauergästen kam es dann auf den Straßen in Richtung Innenstadt: Ein Polizeitrupp mit Schutzkleidung und Schlagstöcken schnitt der Menge den Weg ab, bildete eine Kette. Hinzu geeilte Beamte führten systematische Ausweiskontrollen und Leibesvisitationen durch. Die Umzingelten reagierten mit „Sieg Heil! Sieg Heil!“-Rufen. Es kam zu vereinzelten Festnahmen.¹⁵

10 Zit. nach: OSTER, Uwe A.: „Die Feindschaft endet mit dem Tod“.

11 In einem Zeitungsbericht heißt es dazu: „Das kurze Gebet von Pfarrer Rolf Streibel übertönten Regieanweisungen: ‚Klappe jetzt‘, ‚Mikrofon‘, ‚Nimm den Ensslin im Profil‘, ‚Die Rolle rüber‘, ‚Langt mal die Leiter durch‘.“ Siehe: LANGKAMMER, Claus: Auf dem Dornhaldenfriedhof.

12 Holger Meins hatte ebenso wie Ulrike Meinhof der Gründergeneration der RAF angehört. Meins war am 9. November 1974 in der Haftanstalt Wittlich gestorben, Meinhof am 9. Mai 1976 in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim.

13 Zit. nach: o. A.: Licht in jede Ritze. In: Der Spiegel (31.10.1977).

14 o. A.: „Wen suchen wir denn eigentlich?“ In: Der Spiegel (07.11.1977).

15 In einem Zeitungsbericht heißt es, dass es später auch in der Stuttgarter Innenstadt zu Randalien gekommen sei: „Die Auseinandersetzungen wurden zeitweilig auch in Ladengeschäfte und Kaufhäuser hineingetragen. Flüchtende Demonstranten wurden von ‚Rau-Reitern‘ auf Motorrädern sogar über Treppen verfolgt. Nach ersten Angaben wurden mindestens 20 Rädelsführer festgenommen.“ Siehe: o. A.: Nach der Beerdigung: Schlägerei mit Polizeibeamten. In: Stuttgarter Zeitung (28.10.1977).

Abbildung 1: Dornhaldenfriedhof im Herbst 2011



Quelle: Privatarchiv Michael März

Der Pädagoge und Fotograf Max Dans erlebte den Polizeiaufmarsch aus unmittelbarer Nähe. Er war weder aus privaten, noch aus politischen Gründen zum Dornhaldenfriedhof gekommen. Zu den Toten, zum bewaffneten Kampf der RAF hatte er keine Beziehung: „Ich arbeitete damals in der Erwachsenenbildung einer evangelischen Akademie, insofern war ich ein sehr angepasster junger Mann.“ Allerdings gesteht er ein, „wie fast alle in diesem Bereich damals, sehr stark mit den Linken sympathisiert“ zu haben. Da Dans nebenberuflich einer Medienkartei zuarbeitete, sah er die Beerdigung als Gelegenheit, um das ein oder andere begehrte Foto zu schießen. Er hatte keinerlei Vorgaben, sondern fotografierte, was ihm spontan spannend vorkam. Die Polizei drängte sich in ihrer Präsenz geradezu als Motiv auf. Angesichts der Schutzhelme, Schlagstöcke und Straßensperren hatte er den Eindruck, dass die Einsatzkräfte gegenüber den Trauernden auf Provokation setzten: „Wenn die Polizei nicht aufmarschiert wäre, wäre da überhaupt nichts passiert“¹⁶, ist sich Dans sicher.

Volker Schlöndorff, einer der elf Regisseure, die am Film »Deutschland im Herbst«¹⁷ mitwirkten, filmte Dans und die anderen Fotografen bei der Arbeit. Schlöndorff selbst blieb mit seiner Kamera meist auf Abstand, wagte sich nur kurz ins Getümmel und kehrte später auf den Friedhof zurück, wo er die Totengräber bei ihrer Arbeit aufnahm. Dans entschloss sich dagegen, näher am Geschehen zu bleiben, und studierte die aufgeheizte Stimmung zwischen Trauernden und Polizisten: Zwanzig- bis dreißigjährige Jeans- und Lederjackenträger standen ihren Altersgenossen in Uniform gegenüber; Unverständnis und Abneigung auf beiden Seiten. Erst später, als Dans die Bilder entwickelte und gemeinsam mit dem befreundeten

16 Max Dans am 11.11.2009 (Befragung, mündlich (m)).

17 Deutschland im Herbst. R: BRUSTELLIN, Alf/SINKEL, Bernhard/FASSBINDER, Rainer Werner/KLUGE, Alexander/MAINKA-JELLINGHAUS, Beate/SCHUBERT, Peter/MAINKA, Maximiliane/REITZ, Edgar/RUPÉ, Katja/SCHLÖNDORFF, Volker/CLOOS, Hans-Peter (Bundesrepublik Deutschland, 1977/78).

jungen Pfarrer Lothar Beck sichtete, begriffen beide, dass bemerkenswerte Aufnahmen darunter waren. Ganz wie Schlöndorff und die anderen Filmemacher hatte Dans zu jenen gehört, die schon auf der Beerdigung begannen, den Deutschen Herbst zu verarbeiten.

Dans und Beck befanden, dass sich das Material für einen Bildband eignete. Das Buch wurde etwa Mitte 1978 unter dem Titel »Beerdigung« veröffentlicht. In einer Art Nachwort nahmen die beiden schriftlich Stellung: „Terrorismus lehnen wir ab“, war ihre zentrale Aussage. Es folgte ein wichtiger Nachsatz: „Wir halten es aber für sinnlos, den Terrorismus zu bekämpfen nur durch kriminaltechnische Perfektion, Ausweitung der polizeilichen Befugnisse und Verschärfung des Strafrechts; und wir halten es für gefährlich, seinetwillen die bürgerlichen Freiheitsrechte einzuschränken.“ Mit diesen Maßnahmen, so Dans und Beck, „begibt sich der Staat selber ein in die politische Selbstzerstörungsspirale eskalierender Gewalt von Terror und Gegenterror.“ Beim Anblick der Fotos sei ihnen bewusst geworden, „daß es sich bei dem, was uns im Fernsehen von der Beerdigung flüchtig vorgestellt und in der Zeitung routinemäßig serviert wurde, um eine Anfangsstufe von Gegenterror handelte.“ Was sie damit meinten, war das Zusammenspiel von Polizei und Medien, aus dem heraus Hass gegenüber jeglichen gesellschaftskritischen Mitbürgern erzeugt worden sei.

Zehn Jahre nach der Kaufhausbrandstiftung in Frankfurt, acht Jahre nach der Gründung der RAF, fünfeinhalb Jahre nach ihren ersten Bombenanschlägen, sahen Dans und Beck den „Terrorismus“ immer noch als „verzweifelten Protest von Leuten, die ihre Sehnsüchte, Hoffnungen und Lebensperspektiven nicht mehr politisch vermitteln können“¹⁸ und die eigentliche Bedrohung darin, wie der Staat auf diese Form des Protestes reagierte. Laut Lothar Beck, der einen eigenen Text beitragt, beschworen die staatlichen Maßnahmen eine neuerliche „Tyrannei“ herauf. Schuld daran seien die Mächtigen im Staate, jene, „denen das deutsche Volk regelmäßig seine Macht delegiert.“ Aus Angst davor, ihre Macht zu verlieren, unterdrückten sie jede Form von Opposition. Die Beerdigung auf dem Dornhaldenfriedhof habe noch einmal verdeutlicht: „Widerspruch ist unerwünscht. Die Erinnerung an die Möglichkeit, Interessen selbst zu artikulieren, gefährdet die freiheitlich-demokratische Herrschaftsordnung.“¹⁹ Mit diesen Worten brachten die beiden Herausgeber ihr tiefes Misstrauen gegenüber den staatlichen Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik zum Ausdruck. Sie unterstellten ihnen ein unverhältnismäßiges repressives Vorgehen gegen politisch Andersdenkende.

2. BEZUGSRAHMEN: DIE SPÄTEN SIEBZIGER JAHRE – VERUNSICHERUNG GEGENÜBER DEM STAAT

Ein verunsichertes oder gar gestörtes Verhältnis zum Staat, wie es Dans und Beck an ihrem Beispiel offen legten, war unter Bundesbürgern ausgangs der Siebziger Jahre kein Ausnahmefall. Zeitgenössische Beobachter wie die Politologen Martin Greiffenhagen und Kurt Sontheimer bescheinigten der Bundesrepublik ein unruhiges Innenleben, geprägt von Gefühlen der Selbstentfremdung und Verunsicherung. Letzterer meinte sogar, bei allen zentralen gesellschaftlichen Institutionen, also

18 DANS, Max/BECK, Lothar: Beerdigung, S. 75f.

19 Ebd., S. 78f.

auch der Kirche, der Familie, den Unternehmen, einen Verlust an Integrationsfähigkeit auszumachen.²⁰

Als Ursache wurde in erster Linie der rasche soziale und technologische Wandel der Industriegesellschaft der Bundesrepublik angesehen: Das produzierende Gewerbe verlor gegenüber dem Dienstleistungssektor an Bedeutung, die Bildung, Hochqualifizierung und Konsumorientierung der Bürger nahm zu. Diese Veränderungen hätten, so Sontheimer, soziale und moralische Normen immer unverbindlicher gemacht und die Bereitschaft des Einzelnen verringert, an den großen Institutionen teilzuhaben und sich mit ihnen zu identifizieren. Grundsätzlich blieb das Bedürfnis nach Partizipation jedoch erhalten; es suchte nur „neue ‚Gefäße‘“²¹, betont der Zeithistoriker Edgar Wolfrum, und meint jene Vielzahl an Bürgerinitiativen oder Initiativen in der Umwelt-, Frauen- oder Friedensbewegung, die abseits der politischen Parteien entstanden. Hier erfüllte sich der individuelle Wunsch nach menschlicher Nähe und gleichrangigen Kommunikationspartnern eher als in den „herkömmlichen sozialen Organisationen“²².

Konnte der Staat Anfang des Jahrzehnts noch als Garant für stabiles Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosenzahlen und hohe Geldwertstabilität ein solides Bürgervertrauen wecken, überschätzte die sozialliberale Bundesregierung unter Willy Brandt ihren ordnungspolitischen Einfluss auf die Wirtschaft zunehmend, spätestens als es 1973 zur weltweiten Ölkrisen kam.²³ Der anschließende Konjunkturteinbruch ging einher mit wachsender Kurzarbeit, (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Inflation und Staatsverschuldung. Von heute auf morgen hatte der Staat nicht nur den „Nimbus als omnipotente Regelungsinstanz“²⁴ verloren, unter Kanzler Helmut

20 Vgl. SONTHEIMER, Kurt: *Zeitenwende. Die Bundesrepublik zwischen alter und alternativer Politik*. Hamburg 1983, S. 27; ders.: *Die verunsicherte Republik. Die Bundesrepublik nach 30 Jahren*. München 1979, S. 71f., S. 96, S. 107, S. 118; GREIFFENHAGEN, Martin/GREIFFENHAGEN, Sylvia: *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands*. München 1979, S. 13-17, S. 318-321. Vgl. auch: RUDOLPH, Hermann: *Bundesdeutsche Innenwelt*. In: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* (Nr. 1, 1979), S. 1034-1038. Zur „Verunsicherungsliteratur“ anlässlich des 30. Jahrestages der Bundesrepublik Deutschland, vgl. KORTE, Karl-Rudolph: *Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren*. Köln 1990, S. 80f.

21 MÖLLER, Frank: Mentalitätsumbruch und Wertewandel in Ost- und Westdeutschland während der 60er und 70er-Jahre. Ein Gespräch mit Edgar Wolfrum. In: Ders./MÄHLERT, Ulrich (Hg.): *Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte*. Berlin 2008, S. 43-60, hier: S. 56. Der Historiker Bernd Faulenbach bezeichnetet die Zunahme von Partizipation auf allen politischen Ebenen bis hinunter zur Graswurzel als „Fundamentalpolitisierung“, in Anlehnung an den Soziologen Karl Mannheim. Vgl. FAULENBACH, Bernd: *Die Siebziger Jahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?* In: *Archiv für Sozialgeschichte* (Bd. 44, 2004), S. 1-37, hier: S. 6.

22 SONTHEIMER, Kurt: *Zeitenwende*, S. 29.

23 In seiner Bilanz der sozialliberalen Wirtschaftspolitik bringt es der Volkswirt Udo E. Simonis auf den Punkt: Die damalige Bundesregierung habe sich „mangelnde Flexibilität bei der Anpassung an sich ändernde wirtschaftliche Situationen“ vorzuwerfen. Siehe: SIMONIS, Udo Ernst: *Am Ende des Wachstums? Einige Nach-Gedanken zur Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* (Nr. 1, 1983), S. 30-39, hier: S. 35; vgl. SCHANETZKY, Tim: *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*. Berlin 2007, S. 161-177.

24 SCHEIPER, Stephan: *Der Wandel staatlicher Herrschaft in den 1960er/70er Jahren*. In: WEINHAUER, Klaus/REQUATE, Jörg/HAUPT, Heinz-Gerhard (Hg.): *Terrorismus in der Bundes-*

Schmidt wurde sogar die „Neue Soziale Frage“²⁵ gestellt: Gab es in der Sozialordnung der Bundesrepublik, gemessen am Konzept der sozialen Marktwirtschaft, grundsätzliche Fehlentwicklungen?²⁶ Schlich sich in die stolze Wohlstandsgesellschaft eine „Neue Armut“²⁷ ein? Der Gesetzgeber jedenfalls, so bilanzierte der Soziologe Jens Alber, führte 1975 erstmals mehr sozialleistungsmindernde als -erweiternde Regelungen ein.²⁸

Angesichts wachsender „Ungewißheit und Unsicherheiten, Beklemmung und Depression“ fragte »Der Spiegel« im Frühjahr 1977: „Ist Helmut Schmidt noch zu retten?“ Nicht nur, dass der Kanzler einen herben Vertrauensverlust bei seinen Wählern verzeichnete, er selbst machte seinem Frust über das parlamentarische Regierungssystem öffentlich Luft. Vor seiner Fraktion beklagte er, dass „man ja 85 Prozent seiner Zeit und Kraft braucht, um Entscheidungen, die man getroffen hat, in tausend demokratischen Gremien zu vertreten.“²⁹ Dieses Unbehagen gegenüber der Komplexität und Bürokratisierung aller Vorgänge im politischen System teilte der Kanzler mit einer Vielzahl der Bundesbürger, die ihrerseits aus einer enttäuschten Anspruchshaltung auf Wohlstand, Sicherheit und Partizipation sogar zu regelrechter „Verdrossenheit“³⁰ gegenüber dem Staat und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung neigten: „Die Bereitschaft, eine Art Antipartei oder Ohne-Mich-Partei [...] zu wählen“, schätzten Demoskopen 1977 als erheblich ein: „25,1 % würden ihre Stimme geben.“³¹

Im Deutschen Herbst trat die Bundesregierung dieser Stimmungslage energisch entgegen, indem die Geiselbefreiung von Mogadischu zum Anlass genommen wurde, ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl zu beschwören. Helmut Schmidt sprach in seiner Regierungserklärung am 20. Oktober 1977 von der Notwendigkeit, „daß

republik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren (Campus Historische Studien, Bd. 42). Frankfurt a. M./New York 2006, S. 188-216, hier: S. 195.

25 Vgl. Bundesvorstand der CDU (Hg.): *Unsere Politik für Deutschland*. Mannheimer Erklärung. Bonn 1975; vgl. auch DETTLING, Werner/HERDER-DORNEICH, Philipp: *Die Neue Soziale Frage und die Zukunft der Demokratie* (Untersuchungen und Beiträge zu Politik und Zeitschehen, Bd. 20). Bonn 1976. Laut dem Historiker Eckart Conze stellte sich angesichts der Wirtschaftskrise und der terroristischen Bedrohung eher die generelle Frage, ob der Staat noch in der Lage war, „den grundlegenden Sicherheitsbedürfnisse seiner Bürger nachzukommen?“ Siehe: CONZE, Eckart: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zur Gegenwart*. München 2009, S. 484.

26 Vgl. FAULSTICH, Werner: *Gesellschaft und Kultur der Siebziger Jahre: Einführung und Überblick*. In: Ders. (Hg.): *Die Kultur der 70er Jahre*. München 2004, S. 7-18, hier: S. 14.

27 Vgl. GEIßLER, Heiner: *Armut in Deutschland, eine Neue Soziale Frage? Ist die Sozialpolitik falsch programmiert?* In: *Sozialer Fortschritt* (Bd. 25, 1976), S. 49-54; vgl. auch: BOLDORF, Marcel: *Die „Neue Soziale Frage“ und die „Neue Armut“ in den siebziger Jahren*. In: JARAUSCH, Konrad H. (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen 2008, S. 140-156, hier: S. 140-144.

28 ALBER, Jens: *Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950-1983*. Frankfurt a. M. 1989, S. 286. Hierauf verweist auch: SÜß, Winfried: *Keynesianischer Traum und sein langes Ende*. In: JARAUSCH, Konrad H. (Hg.): *Das Ende der Zuversicht?*, S. 120-137, hier: S. 125.

29 o. A.: „Schmidt erlebt die Macht des Kismet“. In: *Der Spiegel* (28.03.1977).

30 Vgl. RUDOLPH, Hermann: *Politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Gespräch mit Hildegard Hamm-Brücher*. In: SCHEEL, Walter (Hg.): *Die andere deutsche Frage. Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nach dreißig Jahren*. Stuttgart 1981, S. 315-327, hier: S. 320-324.

31 DIPPER, Helmut: *Verdruss über Parteien wächst. Jeder vierte Bundesbürger würde eine Protestpartei wählen*. In: *Frankfurter Rundschau* (26.08.1977).

wir alle uns selbst fragen, was wir der Gemeinschaft zu geben haben und wie wir ihr dienen können“ und dass es falsch sei, „nur danach zu trachten, was ein einzelner oder eine Gruppe von der Gemeinschaft, von der Gesellschaft oder vom Staat empfangen oder sich verschaffen könnte.“³² In ähnlicher Weise betonte Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel am 28. Oktober 1977 im Bundestag, dass „die Menschen [...] in diesen Tagen und Wochen gespürt [haben], daß der Staat mehr sein muß als eine Schönwettervereinigung zur Wohlstandsmehrung, mehr als ein Gebilde, dem man nur als Fordernder, möglichst als lautstark und rücksichtslos Fordernder entgegentritt.“³³ Dieses neue Verständnis vom Staat, der es war, „der die Geiseln rettete und die Väter, Mütter und Kinder – mit zwei schmerzlichen Ausnahmen und um den Preis der Toten von Köln – zu ihren Familien zurückbrachte“, sei in jenen Herbstwochen spürbar gewesen und habe sich, so Vogel, in einem „Mehr an Autorität und Sympathie seiner Bürger“³⁴ gezeigt.

Dass diese Äußerungen tatsächlich die Stimmung in der Bevölkerung wider- spiegelten, räumen die Herausgeber der Dokumentation »Ein deutscher Herbst. Zustände 1977« ein: Der „Hunger nach Zusammengehörigkeit jenseits von Büro- und Schlafstädten, von entfremdeter Arbeit, zerstörten menschlichen Beziehungen“³⁵ sei zumindest vorübergehend befriedigt worden. Hanno Balz, Kulturwissen- schaftler und Historiker, geht in seiner Diskursanalyse zum Deutschen Herbst noch weiter und spricht von einem „quasifamiliären Zusammenrücken“³⁶ der Bürger. Nach der Machtdemonstration in Mogadischu seien gesellschaftliche Widersprüche ausgeblendet und die Loyalität des Einzelnen gegenüber den staatlichen Entscheidungsträgern gestärkt worden.

Ereignisse wie die Beerdigung auf dem Dornhaldenfriedhof zeigten allerdings, dass eine Annäherung gegenüber dem Staat nicht für alle Bürger infrage kam und nicht über alle politischen Lager hinweg eintrat. Die „Wiedergeburt des Obrigkeitstaates“³⁷, wie sie Politik und Medien laut Balz herbeigeredet hätten, weckte auch Misstrauen. „Bis an die Grenze dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist“³⁸, hatte Helmut Schmidt nach der Botschaftsbesetzung in Stockholm 1975 angekündigt. Galt dieser Satz, der von vielen als Richtlinie seiner Politik ver-

32 In seiner Regierungserklärung vom 20. Oktober 1977. Siehe: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode, Bd. 102. Bonn 1977, S. 3757.

33 Hans-Jochen Vogel in einer Beratung des Bundestags vom 28.10.1977. Siehe: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode, Bd. 102. Bonn 1977, S. 4096. Von einer „Rückbesinnung auf den Staat“ sprach später auch der Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski. Zit. nach: SCHEIPER, Stephan: Der Wandel staatlicher Herrschaft, S. 208f.

34 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode, Bd. 102, S. 4096.

35 BOTZAT, Tatjana/KIDERLEN, Elisabeth u. a.: Wüstensand und Rote Erde. In: Verlag Neue Kritik (Hg.): Ein deutscher Herbst. Zustände 1977. Frankfurt a. M. 1997, S. 144-149, hier: S. 144.

36 BALZ, Hanno: Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat. Die öffentliche Debatte über die RAF in den 70er Jahren. Frankfurt a. M. 2008, S. 308.

37 Ebd., S. 307.

38 SCHMIDT, Helmut: Regierungserklärung vom 25. April 1975. In: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung (Hg.): Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. Unveränderte Neuauflage. Schkeuditz 2005, S. 54.

standen wurde,³⁹ weiterhin? Würde der Rechtsstaat gar „abgebaut“⁴⁰ werden? – Bewegt von diesen Fragen gerieten die Bundesbürger am Ende des Deutschen Herbstanes in eine zwiespältige Stimmungslage: Manche waren froh, dass sie mit Inkaufnahme von Einschränkungen in ihrer persönlichen Freiheit zum vermeintlichen Sieg über den Terrorismus beigetragen hatten. Andere sahen im Erstarken des Staates eine Gefahr und fühlten sich veranlasst, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen.⁴¹ In ihrem bipolaren Charakter lehnte sich die Stimmungslage ganz an die Grundbefindlichkeit an, die Zeithistoriker heute als Kennzeichen der Siebziger Jahre betrachten:⁴² das Schwanken zwischen Aufbruch und Resignation, zwischen Zuversicht und Verunsicherung.

Das gegenläufige Wirken von liberalen Demokratiewächtern und konservativen „Scharfmachern“ in der Bundespolitik trieb bei Linken kuriose Blüten. So erinnert der Historiker Nicolas Büchse daran, dass es innerhalb des Spektrums plötzlich zur Verschiebung klassischer Positionen kam: vom Verändern- zum Bewahrenwollen.⁴³ Man habe sich konservativ gegeben und sei zum Missfallen von Sozialdemokraten wie Kurt Sontheimer „unter den neuen, vom Terrorismusschock geprägten Umständen mit publizistischem Nachdruck als der wahre Anwalt der demokratischen Republik“⁴⁴ aufgetreten. Dabei hatten Linke eben diese demokratische Qualität der

39 Vgl. KOCH, Peter/OLTMANNS, Reimar: SOS. Freiheit in Deutschland. Ein Stern-Buch. 4. Auflage. Hamburg 1979, S. 11.

40 Nach dem Titel der Zeitschrift »Der Spiegel« vom 05.12.1977.

41 So erschienen wenige Wochen nach dem Deutschen Herbst die »Briefe zur Verteidigung der Republik« aus den Händen von Politikern, Schriftstellern und Wissenschaftlern: DUVE, Freimut/BÖLL, Heinrich/STAECCK, Klaus (Hg.): Briefe zur Verteidigung der Republik. Reinbek b. Hamburg 1977; vgl. auch CONZE, Eckart: Die Suche nach Sicherheit, S. 484.

42 Mit Blick auf die Titel der Gesamtdarstellung von Edgar Wolfrum und des Sammelbandes von Konrad H. Jarausch. Vgl. WOLFRUM, Edgar: Deutschland im Fokus. Bd. 3: Die 70er Jahre. Republik im Aufbruch. Darmstadt 2007; JARAUSCH, Konrad H. (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008. Es sei „mittlerweile Usus geworden, das Jahr 1973 als [...] Ende des ‚golden‘ Nachkriegszeitalters anzusehen“, stellt der Historiker Jens Hacke fest. Siehe: HACKE, Jens: Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit. In: Ders./GEPPERT, Dominik (Hg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980. Göttingen 2008, S. 188-206, hier: S. 189. Auch der Kulturwissenschaftler Werner Faulstich weist auf den Stimmungsumschwung von Euphorie zu Resignation hin, vgl. FAULSTICH, Werner: Gesellschaft und Kultur der Siebziger Jahre, S. 16. Schon 1981 beschrieb der Pädagoge Hartmut von Hentig die Stimmung in der Bundesrepublik ausgangs der Siebziger Jahre mit dem Gegensatzpaar Zuversicht und Zweifel: „Das Wort von der ‚Unregierbarkeit‘ kam auf – ein später Name für einen schon lange waltenden Zustand: Die Zuversicht in die gemeinsame Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten hält einer härteren Prüfung nicht stand; die Zweifel an der Republik werden durch die Selbstbeschwichtigung zugedeckt, daß unsere deutsche Verwaltung doch noch immer funktioniert habe, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich vorzüglich abschneide, daß es uns in der Geschichte noch nie so lange gut gegangen sei [...].“ Von Hentig empfand „die Republik, unsere politische Kultur [...] zutiefst entmutigt.“ Siehe: von HENTIG, Hartmut: Die entmutigte Republik. In: SCHEEL, Walter (Hg.): Die andere deutsche Frage, S. 81-92, hier: S. 83.

43 BÜCHSE, Nicolas: Von Staatsbürgern und Protestbürgern. Der Deutsche Herbst und die Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik. In: KNOCH, Habbo (Hg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen 2007, S. 311-332, hier: S. 328-330.

44 SONTHEIMER, Kurt: Die verunsicherte Republik, S. 116.

Bundesrepublik noch bis in den Deutschen Herbst hinein in Zweifel gezogen: Am 28. Oktober 1977 kündigten prominente Vertreter des Spektrums in Kooperation mit der Bertrand Russell Peace Foundation (RF) die Ausrichtung eines 3. Internationalen Russell-Tribunals⁴⁵ an, weil sie Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik befürchteten. Am 29. Oktober 1977 riefen zwanzig andere prominente Linke auf, „für den Schutz der demokratischen Grundrechte in der BRD zusammenzuarbeiten.“⁴⁶ Solche widersprüchlichen Auftritte waren alles andere als Einzelfälle und verdichteten sich gewissermaßen auf dem Dornhaldenfriedhof, wo staatskritische demokratische Linke, die zur Verteidigung des Grundgesetzes aufriefen, und antistaatliche radikale Linke, die von „Mord in Stammheim“ sprachen, Seite an Seite durch die Polizeikontrollen liefen.

3. FORSCHUNGSVORHABEN

3.1 Erkenntnisinteresse und Untersuchungsschwerpunkt

In der vorliegenden Arbeit werden diese Beobachtungen zum Anstoß genommen, den Umgang Linker mit dem Deutschen Herbst und ihr Verhältnis zum Staat zu untersuchen. Ausgehend von den Protestszenen am Rande der Beerdigung soll die Perspektive möglichst weit aufgezogen werden: Wie ist das Verhalten ihrer linken Teilnehmer einzuordnen? Griff die Verunsicherung der einzelnen demokratischen und radikalen Linken auf das gesamte linke Spektrum über? Wurden in staatskritischen wie antistaatlichen Positionen neue Gemeinsamkeiten entdeckt? Näherten sich die verschiedenen Parteien, Organisationen und Gruppierungen des linken Spektrums gegenseitig an?

Eine denkbare These wäre, dass sich jene, die einen „Gegenterror“ von Staats wegen beklagten, und jene, die sich schützend vor die bestehende Grundordnung stellten, plötzlich einig in ihrer *Interpretation* der politisch-gesellschaftlichen Situation wurden und sich somit auch zu gemeinsamen (protest-)politischen Aktivitäten entschlossen. Ziel dieses Forschungsvorhabens ist es daher, der damaligen Denk- und Fühlweise von Linken auf den Grund zu gehen und nachzuvollziehen, wie sich diese (protest-)politisch äußerte. Mit den gesammelten Erkenntnissen sollte sich ein genaues Bild über den inneren Zustand des linken Spektrums nach dem Deutschen Herbst zeichnen lassen, sodass im Ergebnis nicht nur eine Detailstudie zur Geschichte der bundesdeutschen Linken, sondern auch ein gültiger Beitrag zum historischen Verständnis der Siebziger Jahre entsteht. Dieser Dekade widmet sich die Zeitgeschichtsforschung bereits seit längerem mit besonderer Aufmerksamkeit,⁴⁷ allerdings steht einer Vielzahl an „übergreifenden Tendenzen und Etikettierungen“⁴⁸ nach wie vor ein Mangel an empirischer Forschung gegenüber.

45 Im Folgenden verkürzt als „3. Russell-Tribunal“ bezeichnet.

46 Zit. nach: BRAND, Enno: Staatsgewalt. Politische Unterdrückung und Innere Sicherheit in der Bundesrepublik. 2. Auflage. Göttingen 1989, S. 136.

47 Vgl. Debatte: Die 1970er-Jahre in Geschichte und Gegenwart. In: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe (Nr. 3, 2006). Siehe: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Debatte-3-2006> (Stand: 06.11.2011).

48 Tagungsbericht Epochewende? Wandlungsprozesse der 1970er Jahre im politischen Diskurs. 7. Potsdamer Doktorandenforum zur Zeitgeschichte am 24.-25.04.2009. H-Soz-Kult (18.06.2009). Siehe: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2645> (Stand: 06.08.2010).

3.2 Eingrenzung und Kontextualisierung des Untersuchungsschwerpunkts

Wie kann das skizzierte Forschungsvorhaben umgesetzt werden? Wie muss die Untersuchung angelegt und aufgebaut sein? Die notwendigen Überlegungen erfolgen Schritt für Schritt in den folgenden Abschnitten der Einführung. Die wohl dringlichste unter ihnen bezieht sich auf den Untersuchungsschwerpunkt: Wer gerät eigentlich in den Fokus, wenn von „Linken“ die Rede ist?

Es gibt drei Möglichkeiten, dies festzustellen. Die erste besteht darin, eine gegenwärtige Auffassung über „Linkssein“ auf Personen oder Gruppierungen aus den Siebziger Jahren zu projizieren. Die zweite besteht darin, eine Definition von linkem Verhalten, linken Positionen, linker Politik in den Siebziger Jahren zu erarbeiten und dann zu sortieren, welche Personen oder Gruppierungen ihre Kriterien erfüllten und welche nicht. Die dritte besteht darin, die Personen oder Gruppierungen aus dieser Zeit in ihrer Selbstbezeichnung als Linke beim Wort zu nehmen, sie quasi selbst auf die Frage antworten zu lassen: Vom SPD-Mitglied bis zum Anhänger einer so genannten „K-Gruppe“⁴⁹, vom Sozialrevolutionär bis zum „Judo“⁵⁰, ohne Rücksicht darauf, dass sich diese Personen gegenseitig wahrscheinlich abgesprochen hätten, Linke zu sein.

Alle drei Varianten bergen die Gefahr der Unvollständigkeit und Ungenauigkeit. Der entscheidende Vorteil der letzteren liegt jedoch darin, dass sie keinen festen Rahmen vorgibt, sondern potentiell viele Auffassungen darüber zulässt, was es hieß, links zu sein. Für eine geschichtswissenschaftliche Untersuchung, die sich nicht mit ausgewählten linken Gruppierungen, sondern mit der Linken in der Breite, als politisches Spektrum, befassen will, scheint diese offene Definitionsweise am ehesten geeignet. Gleichwohl bringt sie den Nachteil mit sich, dass, abhängig vom Zuschnitt der Untersuchung, nur jeweils relevante Vertreter der Linken erfasst werden und alle anderen aus dem Blickfeld geraten. Auf dieses Problem des „Filterns“ wird an anderer Stelle noch einmal ausführlicher eingegangen.

Mit der Eingrenzung des Untersuchungsschwerpunkts verknüpft sich die Frage, welche Kontexte bei der Forschung zur Linken nach dem Deutschen Herbst mitzudenken sind. Anhaltspunkte dafür liefert die Vorstellung, dass sich die Entwicklung des linken Spektrums in den Siebziger Jahren in einem relativ festen Ereignisrahmen abgespielt hat: Die eine Seite des Rahmens markieren die Jahre 1967/68 mit dem Höhepunkt der Außerparlamentarischen Opposition (APO), deren Kern, neben der Studentenbewegung, die so genannte „Anti-Notstandsbewegung“⁵¹ bildete. Die andere Seite des Rahmens markieren die Jahre 1979/80 mit dem Aufkom-

-
- 49 Als „K-Gruppen“ bezeichnete man alle kommunistisch bzw. maoistisch orientierten Kleinparteien oder Gruppierungen in der Bundesrepublik der Siebziger Jahre. Das Kürzel „K“ spielt auch darauf an, dass sich diese Gruppen in ihrem Selbstverständnis als Kaderorganisationen bezeichneten.
- 50 Mit dem Kürzel bezeichnete man in den Siebziger Jahren Mitglieder der „Jungdemokraten“ – ein Jugendverband der FDP. Seit 1982 sind die Judos ihrem Selbstverständnis nach parteiunabhängig. Seit 2006 nennen sie sich auch „Junge Linke“.
- 51 Laut dem Politologen Theo Schiller handelte es sich bei der Anti-Notstandsbewegung um die „erste breitere Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik“. Siehe: SCHILLER, Theo: Von der Notstandsbewegung zum Bürgerrechtsprotest. In: APPEL, Roland/HUMMEL, Dieter/HIPPE, Wolfgang (Hg.): Die neue Sicherheit. Vom Notstand zur sozialen Kontrolle. Köln 1988, S. 39-55, hier: S. 44.

men der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss und der Gründung der Partei Die Grünen.⁵² Dass die Linke innerhalb des Rahmens, also vom außerparlamentarischen Protest bis zur parlamentarischen Mitwirkung, keinen direkten Weg nahm, führen zwei weitere Jahreszahlen exemplarisch vor Augen: 1972 forderte die RAF den Staat mit ihrer „Maioffensive“ zu einem Machtkampf heraus. 1975 beteiligten sich Linke erstmals in größerer Zahl an einer Besetzung eines AKW-Bauplatzes und machten die Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl zum Startpunkt der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung.⁵³

So verschieden die Blüten waren, die die Linke trieb, so heterogen war sie mit ihren Parteien, Organisationen und Gruppierungen im Innern. Dies hatte ideologische Gründe, hing aber auch mit Protesterfahrungen zusammen. So lagen die Wurzeln ihrer Zersplitterung sowohl im Niedergang der Studentenbewegung, als auch im Zerfall der Anti-Notstandsbewegung: Die daran beteiligten Linken – eine Interessengemeinschaft von links gerichteten Sozialdemokraten, zahlreichen Hochschullehrern, Gewerkschaftern und den Mitgliedern des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) und des Liberalen Studentenbunds Deutschlands (LSD) – hatten ein kritisches Verhältnis zum Staat und eine Abwehrhaltung gegenüber dem drohenden „präventiven Sicherheitsstaat“⁵⁴ eingenommen. Ihre Befürchtungen gingen dahin, dass die Große Koalition mit Einführung der Notstandsverfassung einer Neuauflage der Ermächtigungsgesetze aus der Weimarer Republik den Weg ebnen könnte.⁵⁵ Damals konnte der Reichstag der Reichsregierung unter Notstandsbedingungen eine befristete Befugnis zur Gesetzgebung erteilen.

Als die Große Koalition 1968 beschloss, dass es unter Notstandsbedingungen auch in der Bundesrepublik zu Einschränkungen von Grundrechten kommen kann, war die Verfassungsänderung zwar nicht so umfassend wie befürchtet. Die Notstandsgegner sahen sich dennoch als Verlierer, da sie die Novelle nicht gänzlich verhindert hatten.⁵⁶ In Konsequenz daraus beharrte ein Teil von ihnen auf seiner

52 Wobei die Partei sich nicht allein aus dem linken Spektrum heraus entfaltete, sondern auch von „konservativen Alternativen“ aus Bürgerinitiativen mitbegründet wurde. Siehe: MEZ, Lutz: Von den Bürgerinitiativen zu den Grünen. Zur Entstehungsgeschichte der ‚Wahlalternativen‘ in der Bundesrepublik Deutschland. In: ROTH, Roland/RUCHT, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M./New York 1987, S. 263–276, hier: S. 269.

53 Vgl. PETTENKOFER, Andreas: Kritik und Gewalt. Zur Genealogie der westdeutschen Umweltbewegung (unveröff. Manuskript). Erfurt 2007, S. 293.

54 GÖSSNER, Rolf: Verfassungsstreit oder Klassenkampf? Das Dilemma der Anti-Notstandsbewegung gegen den drohenden Notstandsstaat in den 60er Jahren. Gespräch mit Jürgen Seifert. In: Ders. (Hg.): Widerstand gegen die Staatsgewalt. Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte. Hamburg 1988, S. 110–127, hier: S. 113.

55 Dieser Meinung waren auch namhafte Staatsrechtler und Politologen, „zumeist [...] Angehörige einer Generation [...], die als Wissenschaftler und Intellektuelle den Nationalsozialismus nicht nur miterlebt, sondern überlebt hatten“. Siehe: KRAUSHAAR, Wolfgang: Die Furcht vor einem ‚neuen 33‘. Protest gegen die Notstandsgesetzgebung. In: GEPPERT, Dominik/HÄCKE, Jens (Hg.): Streit um den Staat, S. 135–150, hier: S. 138 u. S. 147f.

56 Die Politologen und damaligen SDS-Mitglieder Tilman Fichter und Siegward Lönnendonker führen dazu aus: „Schon als der Bundestag die Notstandsgesetze verabschiedete, [...] resignierten viele. Das angestrebte historische Bündnis zwischen einer Studentenschaft links von der SPD und der Arbeiterklasse kam nicht zustande, der SDS [als Kern der APO, Anm. M. M.] fraktionierte sich und löste sich auf.“ Siehe: FICHTER, Tilman/LÖNNENDONKER, Siegward: Von der APO nach TUNIX. In: RICHTER, Claus (Hg.): Die überflüssige Generation. Jugend zwischen Apathie und Aggression. Königstein/Taunus 1979, S. 132–150, hier: S. 133.

staatskritischen Haltung und bemängelte von nun an das Fehlen einer „demokratischen Kultur“ im Rahmen der sonst demokratischen Verfassungsstruktur der Bundesrepublik, die „trotz Notstandsverfassung und der Rückentwicklung zum autoritären Verwaltungsstaat bestehen blieb“. Der andere Teil aber nahm eine antistaatliche Haltung ein und kam zu der Analyse: „Die Bundesrepublik ist ein faschistoides oder faschistisches System.“⁵⁷

Mit dem so geschehenen Zerfall in ein demokratisches und ein radikales Lager ergaben sich zwei gesonderte protestpolitische Linien: Laut dem Rechtswissenschaftler Rolf Gössner und dem Politologen Jürgen Seifert seien letztere fortan in Antirepressionskampagnen, fundamentaloppositionelle Aktivitäten oder gar in terroristische Gruppierungen eingebunden gewesen. Erstere hätten dagegen „primär republikanisch“ reagiert, das heißt, sie besannen sich auf die Wertschätzung von Menschen- und Bürgerrechten und verabschiedeten sich ausdrücklich vom Kampf um eine Veränderung der Gesellschaft.⁵⁸

Am Beispiel der Anti-Notstandsbewegung wird anschaulich, wie unmittelbar und nachhaltig sich das Verhältnis Linker zum Staat verändern konnte, wenn grundgesetzliche Freiheiten zur Disposition standen. Geht man mit dem Politologen Wolfgang Kraushaar davon aus, dass im Deutschen Herbst der „Modellfall für den „übergeordneten Notstand“⁵⁹ eintrat, weil der Große Krisenstab als außerordentliches Organ ohne Rücksicht auf Grundgesetz und öffentlich-parlamentarische Kontrolle⁶⁰ agierte und in einem „nicht erklärten Ausnahmezustand“⁶¹ die Presse-,

57 GÖSSNER, Rolf: Verfassungsstreit oder Klassenkampf?, S. 126. Zu einer ablehnenden Haltung gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik sei es nur bei einer Minderheit der Notstandsgegner gekommen, betont der Zeithistoriker Boris Spernol. Den meisten von ihnen sei es „um die Abwendung der Gesetze und nicht um revolutionäre Ziele zu tun“ gewesen. Siehe: SPERNOL, Boris: Notstand der Demokratie. Der Protest gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit. Essen 2008, S. 87 u. 89.

58 Vgl. ebd., S. 126f.

59 KRAUSHAAR, Wolfgang: 44 Tage ohne Opposition. Die Schleyer-Entführung. In: Verlag Neue Kritik (Hg.): Der blinde Fleck, S. 9-25, hier: S. 20. In einem späteren Aufsatz spricht Kraushaar auch vom „übergesetzlichem Notstand“. Vgl. ders.: Der nicht erklärte Ausnahmezustand. Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbtes. In: Ders. (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus. Bd. 2. Hamburg 2006, S. 1011-1025, hier: S. 1021. Erst jüngst unterstrich Kraushaar noch einmal die Ausnahmesituation des Deutschen Herbtes: „Die Exekutive hat ihre Handlungskompetenzen mit Ausnahme der Zeit des sogenannten Deutschen Herbtes, in der die Bundesregierung eine Politik des nicht erklärten Notstandes praktizierte, nie über Gebühr auszubauen versucht.“ Siehe: Ders.: Die Furcht vor einem ‚neuen 33‘, hier: S. 147. Als einen „klammheimlichen Ausnahmezustand“ bezeichneten der Politologe Otto Kallscheuer und der Journalist Michael Sontheimer den Deutschen Herbst in ihrem Rückblick anlässlich des zehnten Jahrestages der Ereignisse. Vgl. KALLSCHEUER, Otto/SONTHEIMER, Michael: Kriegsbericht. In: Dies. (Hg.): Einschüsse. Besichtigung eines Frontverlaufs. 10 Jahre nach dem Deutschen Herbst. Berlin 1987, S. 9-31, hier: S. 21-24.

60 Vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: 44 Tage ohne Opposition, S. 19. Kraushaar verweist darauf, dass die von der Bundesregierung verfolgte Handlungsstrategie allein durch das Bundesverfassungsgericht sanktioniert wurde. Es sei aber kaum akzeptabel, sondern nur ein weiterer „Tiefpunkt“ gewesen, als dieses am 16. Oktober 1977 den Antrag Eberhard Schleyers und dreier Anwälte ablehnte, eine einstweilige Anordnung zu erlassen, nach der die Bundesregierung den Forderungen der Schleyer-Entführer hätte nachkommen müssen. Begründet wurde der Antrag damit, dass nur auf diese Weise die drohenden Gefahren für das Leben Hanns Martin Schleyers abgewendet werden konnten. Das Gericht verwies in seinem Beschluss allerdings u. a. darauf, dass die staatlichen Organe selbst zu entscheiden hätten, wie sie mit terroristischen Erpressun-

Informations- und Meinungsfreiheit einschränkte, dann liegt es nahe, die Untersuchung zum Umgang Linker mit dem Deutschen Herbst bei ihrem Verhältnis zum Staat anzusetzen und hier ihre deutlichsten Reaktionen auf die Ereignisse zu erwarten.

Freilich darf dabei nicht die Entwicklung ausgeblendet werden, die das linke Spektrum nach 1968 durchlief: Die Unterscheidung von zwei Protestlinien in der Tradition der Anti-Notstandsbewegung war längst nicht so holzschnittartig, wie sie Gössner und Seifert erscheinen lassen. Kraushaar erinnerte in einem Essay jüngst noch einmal daran, dass die Linke nach 1968 in vier politische Grundausrichtungen zerfiel: Reformisten, undogmatische Neomarxisten, dogmatische Marxisten-Leninisten und orthodoxe Kommunisten. Sie alle hätten weitgehend auf der Ablehnung von Parlament und Parteienstaat beharrt.⁶² Die Betonung liegt hier jedoch auf *weitgehend*, denn „ihre Haltungen waren höchst unterschiedlich akzentuiert“⁶³. So hatten etwa die Reformisten in und um die Jugendorganisation der SPD, die so genannten Jusos, unbestreitbar ein konstruktives Verhältnis zur demokratischen Ordnung und zu republikanischen Prinzipien. Sie traten für Formen direkter Demokratie und für eine antikapitalistische Reformpolitik ein und hielten beides nur im Rahmen der Sozialdemokratie für realisierbar.

Der Politologe Theo Schiller beschreibt das Auseinandergehen der Notstandsgegner vor diesem Hintergrund als fließenden „Lernprozess“, auf den eine „Neuvermischung politischer Strömungen und Gruppierungen im Mitte-Links-Bereich“ gefolgt sei. Zusammen genommen hätten diese dann ein wichtiges „demokratieschützendes Potential [...] in den bürgerrechtlich schwierigen Zeiten der Siebziger Jahre“⁶⁴ gebildet. Mit dem zunehmenden Verlust der Überzeugungs- und Integra-

gen im Einzelfall umgingen. Nicht nur gegenüber dem Einzelnen, sondern auch gegenüber der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit trügen sie eine Schutzverpflichtung. Vgl. dazu: POLZIN, Carsten: Kein Austausch! Die verfassungsrechtliche Dimension der Schleyer-Entführung. In: KRAUSHAAR, Wolfgang (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus. Bd. 2, S. 1026-1047.

- 61 Kraushaar macht den „nicht verkündeten, aber praktizierten Ausnahmezustand“ während des Deutschen Herbastes an fünf „Abwehrmaßnahmen“ der Bundesregierung fest: „die Einschränkung der Verteidigerrechte, die Verabschiedung des Kontaktsperregesetzes, das Versagen parlamentarischer Kontrollmechanismen, die Einschränkung der Pressefreiheit und die Ergreifung illegaler Abhöarmaßnahmen.“ Siehe: KRAUSHAAR, Wolfgang: Der nicht erklärte Ausnahmezustand, S. 1021-1023.
- 62 Vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: Hitlers Kinder? Eine Antwort auf Götz Aly. In: Perlentaucher. Das Kulturmagazin (25.03.2009). Siehe: <http://www.perlentaucher.de/artikel/5353.html> (Stand: 06.11.2011). Eine Übersicht über die vier „Erben“ der APO und ihre Entwicklung bis 1977 hat der Politologe Johannes Schütte zusammen mit Bernhard Weber erarbeitet. Sie unterteilen anders als Kraushaar in: Linksreformisten, revolutionäre kommunistische Gruppen, undogmatische Gruppen und politisch heterogene Frauengruppen. Vgl. SCHÜTTE, Johannes: Revolte und Verweigerung. Zur Politik und Sozialpsychologie der Spontibewegung. Gießen 1980, S. 26-28. Ebenfalls vierteilig ist Markovits' Aufstellung. Der Politologe spricht von vier „Antworten“ der Linken auf die strategisch-moralische Sackgasse der APO: 1. Organisierung der Massen, 2. Einsatz bewaffneter Gewalt, 3. Rückzug aus der Politik und Gesellschaft, 4. Veränderung der bestehenden Institutionen durch radikale Reformen. Vgl. MARKOVITS, Andrei S./GORSKI, Philip S.: Grün schlägt rot. Hamburg 1997, S. 95f.
- 63 KRAUSHAAR, Wolfgang: Hitlers Kinder?; vgl. auch ders.: Die Furcht vor einem ‚neuen 33‘, S. 142-146.
- 64 SCHILLER, Theo: Von der Notstandsbewegung zum Bürgerrechtsprotest, S. 43f. Fichter und Lönendonker erinnern daran, dass diese Vermischung durch das Scheitern aller Organisationsformen der Studentenbewegung, „von den Roten Zellen über die Basis- und Stadtteilgrup-

tionskraft der Sozialdemokratie öffneten sich im Laufe der Siebziger Jahre, trotz „immer wieder sektenhafter Auseinandersetzungen“⁶⁵ die Grenzen zwischen staatskritischen und antistaatlichen Orientierungen innerhalb des linken Spektrums. Infolgedessen sei, trotz aller Differenzen, ein engeres Zusammenwirken in politischen Schwerpunktfragen ausgangs der Siebziger Jahre wieder möglich gewesen, meinte der linke Politiker Lorenz Knorr seinerzeit⁶⁶ – und wurde durch die Grünen-Gründung 1980 bestätigt. Auch von dieser Seite her stellt sich die Frage nach dem Verhältnis Linker zum Staat nach dem Deutschen Herbst: Inwiefern hat die Ereigniskette einen Prozess begünstigt, der als Aufgabe antistaatlicher Positionen gedeutet werden kann?

3.3 Forschungsstand

Die Komplexität des linken Spektrums mag ein gewichtiger Grund dafür sein, dass die bisherigen geschichtswissenschaftlichen Studien über seine Entwicklung in den Siebziger Jahren nur fragmentarischen Charakter haben. Ein weiterer Grund liegt offensichtlich in dem geringen Interesse, das ihm von Forschern entgegengebracht wird.

Die Tagung »Linksalternatives Milieu und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren« machte zuletzt wenig Hoffnung auf Besserung. Auf der Veranstaltung im Herbst 2009 wurden lediglich drei laufende Projekte vorgestellt, die sich im engeren Sinne auf die bundesdeutsche Linke beziehen: Die Zeithistorikerin Saskia Richter geht der Genese der Grünen auf den Grund und stellt infrage, dass die Partei aus dem linksalternativen Protestmilieu hervorgegangen sei; der Kirchenhistoriker Christian Widmann befasst sich mit den linksprotestantischen Strömungen in den evangelischen Kirchen der Bundesrepublik während der Siebziger Jahre, mit besonderem Blick auf die Evangelischen Studierendengemeinden (ESG) und ihre Positionierung im linksalternativen Milieu; der Zeithistoriker Uwe Sonnenberg untersucht die Geschichte des Verbandes des linken Buchhandels im Zeitraum 1970 bis 1981.⁶⁷

Mehr als ergänzt, wenn nicht gar dominiert, wird die Forschung zum linken Spektrum seit jeher von politikwissenschaftlichen Studien, die auf ihre Weise ein Stück Zeitgeschichte aufarbeiten und festhalten: So widmeten sich Jürgen Bacia,

pen bis hin zu Parteineugründungen“, begünstigt worden sei. Ende der Siebziger Jahre bot sich ihnen im Bereich linker Jugendlicher und Studenten nur noch „das Bild einer unstrukturierten linken ‚scene‘“. Siehe: FICHTER, Tilman/LÖNNENDONKER, Siegward: Von der APO nach TUNIX, S. 135.

65 Sozialistische Studentengruppen: Welche Chance hat die Linke in der BRD? In: GREMLIZA, Hermann L./HANNOVER, Heinrich (Hg.): Die Linke. Bilanz und Perspektiven für die 80er. Hamburg 1980, S. 202-219, hier: S. 202.

66 Vgl. KNORR, Lorenz: Unzureichend genützte Chancen und Perspektiven der Linken. In: GREMLIZA, Hermann L./HANNOVER, Heinrich (Hg.): Die Linke, S. 149-164, hier: S. 161 u. S. 163f. Knorr war in den Fünfziger Jahren Mitglied der SPD und Mitglied des jugend- und kulturpolitischen Ausschusses ihres Parteivorstands. Nach dem Austritt 1960 wechselte er zur Deutschen Friedensunion (DFU). Später gehörte er auch der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) an.

67 Vgl. Tagungsbericht Linksalternatives Milieu und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren. Akademiekonferenz für den wissenschaftlichen Nachwuchs am 16. bis 18.09.2009 in Heidelberg. H-Soz-u-Kult (03.11.2009). Siehe: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>tagungsberichte/id=2830> (Stand: 06.08.2010).

Günther Gellrich und Michael Steffen mit unterschiedlichen Ansätzen den kommunistischen Parteien und Organisationen in der Bundesrepublik und haben deren Entwicklungslinien von der Gründung bis zur Auflösung reflektiert.⁶⁸ Desgleichen beschäftigte sich der Soziologe Gottfried Oy mit der Geschichte des Sozialistischen Büros (SB) und dessen Zeitschrift »links«.⁶⁹ Einer der wenigen Historiker, die sich auf diesem Gebiet hervor taten, ist Andreas Kühn mit seiner Geschichte der K-Gruppen.⁷⁰

Bemühungen, das linke Spektrum in der Breite zu untersuchen, sind selten. Als der Politologe Sebastian Haunss in seinem Aufsatz für den Band »Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945« die Geschichte der radikalen Linken anhand von zwei ihrer Strömungen zusammenfasste, der antiimperialistischen und der autonom-antifaschistischen, kam er zu dem Schluss, dass nicht einmal deren Wirkungen und Perspektiven „auf einen Nenner“⁷¹ zu bringen seien. Dies wirft einerseits die Frage auf, ob das linke Spektrum womöglich zu facettenreich für breit angelegte Untersuchungen ist. Andererseits kann man Haunss' Feststellung aber auch als Warnung verstehen, hierfür keinen allzu großen Untersuchungszeitraum zu wählen. Sein Versuch, die Entwicklungen und Wendepunkte der radikalen Linken über vier Dekaden hinweg – von der Studentenbewegung bis zur Gegenwart – zusammenzufassen, ist zwar trotz allem geglückt, hatte aber auch keine tiefgehenden analytischen Ansprüche.

In einem ausgewogenen Verhältnis stehen Analyse und übergreifende Darstellung dagegen in den „Klassikern“ zur Geschichte der Linken in den Siebziger Jahren: Gerd Koenens Chronik „der eigenen Lebensgeschichte“⁷², Andrei S. Markovits' grün-roter „Bildungsroman“⁷³ und Sebastian Scheerers soziologisches Por-

68 BACIA, Jürgen: Die Kommunistische Partei Deutschlands (Maoisten). In: STÖSS, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Bd. 3. Opladen 1986, S. 1810-1830; GELLRICH, Günther: Die GIM. Zur Politik und Geschichte der Gruppe Internationale Marxisten 1969-1986. Köln 1999; STEFFEN, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991. Berlin 2002. Vgl. auch: KLEIN, Thomas: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine ostdeutsche Partei als Stachel im Fleische der Frontstadt? Berlin 2009; ROIK, Michael: Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984. Paderborn 2006.

69 OY, Gottfried: Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift ‚links‘ – Sozialistische Zeitung (1969 bis 1997). Frankfurt a. M. 2007. Siehe: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Papers_Spurensuche.pdf (Stand: 06.11. 2011).

70 KÜHN, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre. Frankfurt a. M./New York 2005.

71 HAUNSS, Sebastian: Antiimperialismus und Autonomie. Linksradikalismus seit der Studentenbewegung. In: ROTH, Roland/RUCHT, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch. Frankfurt a. M. 2008, S. 447-473, hier: S. 471.

72 KOENEN, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977. 4. Auflage. Frankfurt a. M. 2002.

73 Siehe Fn. 62: MARKOVITS, Andrei S./GORSKI, Philip S.: Grün schlägt rot. An der Passage über die Linke in den Siebziger Jahren war der Soziologe Gregory Wilpert beteiligt. In einer Buchbesprechung der Wochenzeitung »Der Freitag« heißt es, die politikwissenschaftliche Studie sei wie ein klassischer Bildungsroman gestrickt. Vgl. SCALLA, Mario: Ist das Wirkliche vernünftig? In: Der Freitag (05.02.1999).

trät⁷⁴ der außerparlamentarischen Linken von der Studentenbewegung bis zum Deutschen Herbst. In Vorbereitung befindet sich zudem eine geschichtswissenschaftliche Studie zur außerparlamentarischen Linken in den Siebziger Jahren⁷⁵, an die vergleichbare Erwartungen zu richten sind.

Kleineren Zeitabschnitten dieses Jahrzehnts wird bisher kaum gesonderte Beachtung geschenkt – gerade bei der Zeitgeschichtsforschung zu den Sechziger Jahren war eine solche Fokussierung auf einzelne Jahre aber noch üblich.⁷⁶ Wenn es eine Ereigniskette aus den Siebziger Jahren gibt, die bisher in ähnlicher Weise zum Schwerpunkt von historischen Betrachtungen geriet, dann allenfalls der Deutschen Herbst: Neben Hanno Balz' Diskursanalyse entstanden mit dem Sammelband von Nicole Colin, Beatrice de Graaf, Jacco Pekelder und Joachim Umlauf, Martin Steinseifers mediengeschichtlich gelagerter Dissertation sowie Aufsätzen von Nicolas Büchse, Wolfgang Kraushaar und Anne Siemens in jüngster Zeit mehrere einschlägige Beiträge.⁷⁷

Im Vergleich dazu ist die Literatur über den unmittelbaren Folgezeitraum noch äußerst knapp. Besonders bei Werken zur Geschichte des Terrorismus besteht die Tendenz, die Erzählung auf das Klimax der Schleyer-Entführung hin zu steuern und

74 SCHEERER, Sebastian: Deutschland : Die ausgebürgerte Linke. In: Ders./STEINERT, Heinz/HESS, Henner (Hg.): Angriff auf das Herz des Staates. Bd. 1. Frankfurt a. M. 1988, S. 193-429.

75 Unter dem Titel »Aktion und Reaktion. Die außerparlamentarische Linke in der Bundesrepublik 1970 bis 1980« entsteht seit April 2009 an der Bielefeld Graduate School in History and Sociology die Dissertation von Julia Klopstein.

76 Als Beispiele seien genannt: KRAUSHAAR, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg 2000; RUPPERT, Wolfgang (Hg.): Um 1968. Die Repräsentation der Dinge. Marburg 1998; SCHÖNHOVEN, Klaus: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969. Bonn 2004.

77 Vgl. COLIN, Nicole/de GRAAF, Beatrice/PEKELDER, Jacco/UMLAUF, Joachim (Hg.): Der ‚Deutsche Herbst‘ und die RAF in Politik, Medien und Kunst. Nationale und internationale Perspektiven. Bielefeld 2008; STEINSEIFER, Martin: ‚Terrorismus‘ zwischen Ereignis und Diskurs. Zur Pragmatik von Text-Bild-Zusammenstellungen in Printmedien der 1970er Jahre (unveröff. Dissertation). Gießen 2007. Als Aufsatz erschien: STEINSEIFER, Martin: Überlegungen zu Terrorismus als Medieneignis im Herbst 1977. Strategien, Dynamiken, Darstellungen, Deutungen. In: WEINHAUER, Klaus/REQUATE, Jörg/HAUT, Heinz-Gerhard (Hg.): Terrorismus in der Bundesrepublik, S. 351-381; siehe Fn. 43: BÜCHSE, Nicolas: Von Staatsbürgern und Protestbürgern; KRAUSHAAR, Wolfgang: KRAUSHAAR, Wolfgang: Der nicht erklärte Ausnahmezustand. Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbstan. In: Ders. (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus. Bd. 2. Hamburg 2006, S. 1011-1025; SIEMENS, Anne: Die Opfer der RAF. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (01.10.2007), S. 9-15. Zum Deutschen Herbst unter anderen Gesichtspunkten, vgl. auch: DEIB, Marina: Gnade für Gnadenlose? 30 Jahre Deutscher Herbst und die ‚Begnadigungsdebatte‘ in den Medien. Marburg 2008; POLZIN, Carsten: Deutscher Herbst im Bundesverfassungsgericht. Zur verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Dimension terroristischer Entführungsfälle. Neubiberg 2001; LÖWE, Bernd P.: Deutscher Herbst und Wandel der Ost-West-Beziehungen. Frankfurt a. M. 1991. Zur künstlerischen Verarbeitung der Ereigniskette vgl. HENATSCH, Martin: Das verwischte Bild der Geschichte: Gerhard Richters „18. Oktober 1977“. Die künstlerische Behauptung des Bildes im Zeitalter medialer Bildmächtigkeit. In: GALLI, Matteo/PREUSSER, Heinz-Peter (Hg.): Mythos Terrorismus. Vom Deutschen Herbst bis zum 11. September (Jahrbuch Literatur und Politik, Bd. 1). Heidelberg 2006, S. 179-190.

die nachfolgenden Entwicklungen als schlichtes „Nachspiel“⁷⁸ zu schildern. Wird beim Blick auf die Entstehungsgeschichte zunächst noch darauf geachtet, die RAF fein säuberlich aus der 68er-Bewegung herzuleiten⁷⁹ und den Widerhall auf die ersten Terrorakte aus dem linken Spektrum zu reflektieren, findet eine gleichwertige Analyse für die Jahre nach 1977 nicht mehr statt. Die Geschichte der RAF scheint danach von Selbstbezügen dominiert, ohne bedeutenden Input, ohne deutliche Querverbindungen zur Linken.⁸⁰ Der Historiker und Politologe Alexander Straßner hat ansatzweise versucht, etwas Licht ins Dunkel der Jahre 1978 bis 1982 zu bringen.⁸¹ Seine Feststellung, dass die Friedensbewegung eine mögliche Basis für die RAF gewesen wäre und dass diese auch dahingehende Instrumentalisierungsversuche startete, beruht jedoch weitgehend auf Informationen über die frühen Achtziger Jahre.

Auch abseits aller Forschungstätigkeit wird den Ereignissen des Jahres 1977 ein besonderer Stellenwert beigemessen – und zwar von Zeitzeugen. Die Frage ist, inwieweit ihre Auskünfte für diese Arbeit genutzt werden können. Ein Blick auf die autobiografischen Stellungnahmen bekannter und weniger bekannter Aktivisten aus dem linken Spektrum zeigt, dass das Verhältnis zum Staat vor allem in Verbindung mit der Erfahrung jener „44 Tage im Herbst“⁸² thematisiert wird. Ein typisches Beispiel dafür liefert Gerd Koenen:⁸³ Der Historiker und einstige Funktionär des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) widmet dem Jahr 1977 zwar nur wenige Seiten, unterstreicht aber die Eindringlichkeit der damaligen Stimmung: So habe nach dem Tod der RAF-Spitze in Stammheim für die „meisten Gruppen der außerparlamentarischen Linken [...] wie zehn Jahre zuvor das Gespenst einer parlamentarischen Allparteiendiktatur im Raum“ gestanden. Wie nach dem Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 sei auch diesmal dem Staat, „als Repräsentant der ‚Herrschenden‘“ fast selbstverständlich der Mord an Baader, Ensslin und Raspe zugetraut worden.⁸⁴ Der Jurist und damalige RAF-Anwalt Peter O. Chotjewitz schließt in etwa daran an und beklagt in einem biografischen Roman, dass sich der Rechtsstaat als „fragile Fassade“ einer „Notstandsdiktatur“⁸⁵ entpuppt habe, die sich erst nach der Beerdigung auf dem Dornhaldenfriedhof abschwächte. Vergleichbares behauptet der Schriftsteller und „Alt-Sponti“⁸⁶ Matthias Horx in seiner Bilanz der „rebellischen Generation“: Im Deutschen Herbst sei genau das eingetroffen, was die

78 So überschreibt der Autor Willi Winkler in seiner RAF-Chronik die Zeit nach dem Deutschen Herbst als „Aftermath“, zu Deutsch: Nachspiel. Siehe: WINKLER, Willi: Die Geschichte der RAF. Reinbek b. Hamburg 2008, S. 359.

79 So ist die These, wonach die RAF teilweise ein „radikaliertes Zerfallsprodukt“ der Außerparlamentarischen Opposition war, mittlerweile weitgehend umstritten. Vgl. WUNSCHIK, Tobias: Aufstieg und Zerfall. Die zweite Generation der RAF. In: KRAUSHAAR, Wolfgang (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus. Bd. 1, S. 472–488, hier: S. 487.

80 Vgl. ebd., S. 484–487.

81 STRASSNER, Alexander: Die dritte Generation der ‚Roten Armee Fraktion‘. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation. Wiesbaden 2005, S. 116–127.

82 So das gleichnamige Kapitel im Referenzwerk zur Geschichte der Roten Armee Fraktion bis 1977: AUST, Stefan: Der Baader-Meinhof-Komplex. Hamburg 1985.

83 Siehe Fn. 72: KOENEN, Gerd: Das rote Jahrzehnt.

84 Ebd., S. 487.

85 CHOTJEWITZ, Peter Otto: Mein Freund Klaus. Roman. Überarbeitete Neuausgabe. Berlin 2008, S. 347.

86 Gemeint ist seine frühere Mitgliedschaft in einer spontaneistischen Gruppierung in Frankfurt a. M.

Linken immer befürchtet hätten, „eine Verschärfung des Polizeistaats, immer perfektere Sicherheitssysteme.“⁸⁷ Deshalb habe sich unmittelbar die Frage gestellt: „Lebte man in einem Staat, der geradewegs auf einen neuen Faschismus zumschrie, in einer Gesellschaft, in der die sozialen Experimente der letzten Jahre nichts als naiven Kinderkram darstellten?“⁸⁸ Mit ähnlichen Worten umschreibt der Kabarettist und langjährige Mitstreiter des sozialistischen Zirkels „Revolutionärer Kampf“ Matthias Beltz die um sich greifende Verunsicherung gegenüber dem Staat: „[...] wir alle wussten nicht genau, ob wir nicht wieder in eine faschistoide Gesellschaft hineinschlitterten.“⁸⁹ Von einer Einschränkung der Meinungsfreiheit spricht der Journalist und Mitbegründer der »taz« Max Thomas Mehr: „Einschneidend an diesem Herbst 1977, auch noch im Rückblick, [...] war für mich die zeitweilige Gleichschaltung der Medien, die damit einhergehende Zerstörung von Öffentlichkeit [...].“⁹⁰

Generell erweisen sich die Aktivisten aus dem linken Spektrum von damals wenig auskunfts bereit, wenn es um die Frage geht, wie sie sich selbst respektive das eigene politische Umfeld *nach* den einschneidenden Ereignissen des Jahres 1977 verhielten. So hält Gerd Koenen in seiner Chronik der linken Protestbewegung der Siebziger Jahre am Deutschen Herbst als schließende Klammer fest, obwohl er ausdrücklich erwähnt, dass er danach seine „extremsten Erfahrungen“⁹¹ als KBW-Mitglied machte. Buchstäblich ausgeklammert wird die Jahreswende 1977/78 auch in den Selbstzeugnissen Ellen Diederichs, Rudi Dutschkes, Dieter Kunzelmanns, Reinhard Mohrs, Claudia Roths oder Peter Schütts, um nur einige Beispiele herauszugreifen.⁹² Filmische Dokumentationen wie Birgit Schulz' »Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte« und Robert Kriegs »Die Provinz, die Revolte und das Leben danach« fangen zwar individuelle Stimmungsbilder ein,⁹³ gleichwohl bleiben Zweifel über ihre Aussagekraft.

Dass die Verarbeitung von Zeitzeugen auskünften vor Untersuchungsbeginn problematisiert werden muss, legt auch Michael Schneider in seinem Essay »Den Kopf verkehrt aufgesetzt«⁹⁴ nahe. Hier macht der Schriftsteller darauf aufmerksam,

87 HORX, Matthias: Aufstand im Schlaraffenland. Selbsterkenntnisse einer rebellischen Generation. München/Wien 1989, S. 143.

88 Ebd., S. 25.

89 BELTZ, Matthias: Unsere Toten. Ein Requiem. In: HORX, Matthias: Aufstand im Schlaraffenland, S. 59.

90 MEHR, Max Thomas: Ein zähes Gespräch nicht nur über einen Film. In: Verlag Neue Kritik (Hg.): Der blinde Fleck. Die Linke, die RAF und der Staat. Frankfurt a. M. 1987, S. 40-48, hier: S. 43.

91 KOENEN, Gerd: Das rote Jahrzehnt, S. 450.

92 Eine Auswahl: DIEDERICH, Ellen: „Und eines Tages merkte ich, ich war nicht mehr ich selber, ich war ja ein Mann.“ Offenbach 1981; DUTSCHKE, Gretchen (Hg.): Rudi Dutschke. Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963-1979. Köln 2003; KUNZELMANN, Dieter: Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben. Berlin 1998; MOHR, Reinhard: Der diskrete Charme der Rebellion. Ein Leben mit den 68ern. Berlin 2008; SCHÜTT, Peter: Von Basbeck am Moor über Moskau nach Mekka. Stationen einer Lebensreise. Asendorf 2009; ROTH, Claudia: Das Politische ist privat. Erinnerungen für die Zukunft. Berlin 2006.

93 Die Anwälte. Eine deutsche Geschichte. R: SCHULZ, Birgit (Bundesrepublik Deutschland, 2009); Die Provinz, die Revolte und das Leben danach. R: KRIEG, Robert (Bundesrepublik Deutschland, 2004).

94 SCHNEIDER, Michael: Den Kopf verkehrt aufgesetzt oder Die melancholische Linke. Aspekte des Kulturzerfalls in den siebziger Jahren. Darmstadt u. a. 1981.

dass ihm das „große Seufzen und Wehklagen über die ‚Ohnmacht des einzelnen gegenüber dem Staat‘“ schon seit Mitte der Siebziger Jahre aufgefallen und aufs Gemüt geschlagen sei. Er kritisiert seine linken Zeitgenossen für ihre „epidemisch um sich greifende [...] Bewusstseinsverdüsterung und Willenslähmung“⁹⁵ und geht so weit, sie in ihrer Gesamtheit als „die melancholische Linke“⁹⁶ zu bezeichnen. In ähnlicher Weise übt der schon erwähnte Journalist Max Thomas Mehr Kritik am eigenen politischen Lager. Spätestens nach dem Deutschen Herbst habe er eine „Ohnmacht der Linken“ erlebt, die nicht in der Lage waren, dem staatlichen Handeln etwas entgegenzusetzen. „In Italien gab es wenigstens den Versuch einer politischen Auseinandersetzung. In Deutschland hingegen wechselte man einfach das Thema.“⁹⁷

Die Tendenz zur Beschwichtigung und Passivität sprechen auch die Herausgeber des Bandes »Ein deutscher Herbst. Zustände 1977« an: So habe es Linke nur noch als „verstreute Haufen“ gegeben: „[...] demoralisiert, heimatlos“ und lange Zeit schweigend. Auf den zweiten Blick seien diese Marginalisierten zwar „irgendwie mutig und lebendig“ gewesen, jedoch nicht in der Selbstkritik, sondern „im übereifigen Abschwören und Distanzieren“⁹⁸. Damit decken die Herausgeber ein Problem der meisten Stellungnahmen auf: Ob intendiert oder nicht, legen sie meist den Schwerpunkt auf die Kritik am Vorgehen der staatlichen Entscheidungsträger wie Bundesregierung, Generalbundesanwaltschaft und Bundesverfassungsgericht, als wären diese geradezu die naturgemäßen Gegenspieler aller linken politischen Aktivitäten gewesen. Wolfgang Kraushaar bemängelt, dass auf diese Weise nicht nur die eigene Verstrickung in die Radikalisierung der linken Gewalt ausgeblendet werde, sondern auch die Tendenz zur Verharmlosung der Verbrechen der RAF vorangelegt sei.⁹⁹ Oliver Tolmein, Jurist und Publizist, erkennt gerade hierin das typisch „Deutsche in den Erinnerungen an den Herbst 1977: Das dringende Bedürfnis der Mitläufer sich selbst als Opfer zu inszenieren. Wer ohnmächtig ist, bleibt gut und verantwortet nichts.“¹⁰⁰ Vor diesem Hintergrund scheint es geboten, das Verhältnis Linker zum Staat nach dem Deutschen Herbst mit sparsamem Rückgriff auf Zeitzeugenauskünfte und autobiografische Stellungnahmen aufzuarbeiten. Das individuelle Wahrnehmen und Empfinden von Repression muss stärker hinterfragt werden als etwa bei der Erforschung der politischen Unterdrückung in der DDR.¹⁰¹

95 Ebd., S. 57f.

96 Im Titel seines Buchs, in Umkehrung von Walter Benjamins „linker Melancholie“. In einem Aufsatz von 1931 kritisierte der Philosoph die doppelbödige Haltung zeitgenössischer Schriftsteller, die mit ihren Werken eine Zielgruppe bedienten, deren politische und moralische Haltung sie im Grunde ablehnten. Vgl. BENJAMIN, Walter: ‚Linke Melancholie‘. In: Ders.: Gesammelte Schriften. Band III. Frankfurt a. M. 1972, S. 279-283.

97 MEHR, Max Thomas: Ein zähes Gespräch nicht nur über einen Film, S. 43.

98 Verlag Neue Kritik: Vorwort. In: Ders. (Hg.): Ein deutscher Herbst. Zustände 1977. Frankfurt a. M. 1997, S. 13.

99 Vgl. KRAUSHAAR, Wolfgang: Der nicht erklärte Ausnahmezustand, S. 1025.

100 TOLMEIN, Oliver: Die Herbstzeitlosen. In: Konkret (Nr. 9, 1997). Siehe: <http://tolmein.de/linke-geschichte,raf,183,die-herbstzeitlosen.html> (Stand: 06.08.2010).

101 Im Gegensatz zur Bundesrepublik war in der DDR ein institutioneller Apparat etabliert, der strukturelle Repression ermöglichte. Vgl. SCHULLER, Wolfgang: Repression und Alltag in der DDR. In: Deutschland-Archiv (Nr. 7, 1994), S. 272-276, hier: S. 273f. Individuelle Erfahrungen von DDR-Bürgern „im Hinblick auf die Einwirkung von staatssicherheitsdienstlicher Repression und staatlicher Lebenskonditionierung“ konnten laut der Historikerin Babett Bauer zweifelsfrei erhoben und zur weiteren Aufarbeitung gesichert werden. Siehe: BAUER, Babett: